

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klifringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. Juli 1930

Krösus Hugenberg.

Ihr Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der König Krösus von Lydien hat seinen Namen aus dem Altertum bis in unsere Zeit gerettet: einmal durch seinen sprichwörtlichen Reichtum, nach dem wir heute noch einen reichen Mann einen Krösus nennen. Sodann aber ist Krösus berühmt geworden als Opfer der Doppelsinnigkeit der Orakel. Als er sich zum Krieg gegen Persien anschickte, befragte er vorher das berühmte Orakel von Delphi. Er erhielt die Weissagung, dass er durch den Krieg "ein grosses Reich zerstören" werde. Siegesgewiss griff Krösus an, aber er wurde besiegt und gefangen genommen; - mit dem zerstörten Reich hatte das Orakel das Reich des Krösus gemeint!

Hugenberg, Chef der Deutschnationalen Volkspartei, weist mit diesem König des Altertums überraschende Ähnlichkeiten auf. Einmal ist auch für Hugenberg das Hauptmittel seiner Herrschaft sein Reichtum, wenn auch seit dem Zusammenbruch der Ostbank der Nimbus des Herrn Hugenberg als eines modernen Krösus etwas gelitten haben dürfte. Aber noch hat sich sein Reichtum als ausreichend erwiesen, um die Herrschaft, wenn nicht über eine Partei, so doch über deren Apparat und Presse zu behaupten. Dabei zeigt sich allerdings, dass auch die Plutokratie, wie sie sich in Krösus Hugenberg verkörpert, mit Geld allein nicht herrschen kann, sondern dass ein Mindestmass politischen Verstandes selbst zur Führung einer Rechtspartei unumgänglich ist. Aber dieses Mindestmass fehlt Herrn Hugenberg. Allzusehr hat er sich gleich Krösus auf Orakelsprüche verlassen. Herr Hugenberg ist ausgezogen, um den Marxismus in Deutschland mit Feuer und Schwert auszurotten. Seine Trabanten in seiner Presse spendeten ihm Vor-schussweihrauch und prophezeiten: Herr Hugenberg würde in diesem Kampf eine grosse Partei zerstören! (Sie meinten: die Sozialdemokratie.)

Das Orakel ist eingetroffen, aber so wie beim König Krösus: Bei der Aus-rottung des Marxismus ist es Herrn Hugenberg tatsächlich gelungen, eine grosse Partei zu zerstören, - nämlich seine eigene! Aus dem nationalen "Brot" einen "Block" zu schmieden, hatte Herr Hugenberg als sein politisches Ziel bezeichnet. Dieser Block sollte alsdann zerkalmend auf die Sozialdemokratie herab-sausen: Aber beim Umgiessen in die Blockform hat Herr Hugenberg den grössten Teil des Brotes verschüttet! Was er als Block übrig behält, reicht gerade, um es als Musterprobe unter einem Glassturz auszustellen.

Herr Hugenberg hat seine Partei nicht nur einmal, er hat sie jetzt zum zweiten Male gespalten. Konnte er den Abzug der Gruppe Treviranus-Keudell noch als Abspaltung eines äussersten Flügels bemänteln, so sprengt der Austritt Westarps und seiner Anhängerschaft die Deutschnationale Partei in der Mitte auseinander.

Herr Hugenberg hat beim Scheiden von seiner Restfraktion die Hoffnung aus-gesprochen, dass die Deutschnationale Fraktion in den neuen Reichstag in un-verminderter Stärke wieder einziehen würde. Niemals war der Satz berechtigter: "Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!" Was für Gesichter seine Anhänger

zu diesem Hoffnungsseufzer gemacht haben, wird von Hugenbergs Presse leider nicht berichtet. Aber die Komik dieser aus der Verzweiflung geborenen Prophezeiung müssen sie umso stärker empfunden haben, als der doppelt gespaltenen Partei noch von einer anderen Seite weitere Schwächung droht.

Ein Teil der Presse munkelt, dass Herr Hugenberg den Nationalsozialisten ein Wahlbündnis angeboten habe. Wir vermögen es nicht zu glauben. Der Erfolg des Bündnisses zwischen Hitler und Hugenberg bei dem missglückten Volksentscheid war der, dass die Hugenbergwähler in hellen Scharen zu Hitler überliefen. "Hitler frass Hugenberg." Bei einem Wahlbündnis würde dieser Prozess der Aufzehrung Hugenbergs sicher Riesendimensionen annehmen; er wird auch ohne ein Wahlbündnis zweifellos seinen Fortgang nehmen. Schon verkünden die Nazis in ihrer Presse, dass die NSDAP die Rolle der Deutschnationalen und Hitler das Erbe Hugenbergs nunmehr anzutreten gedächten. Es ist wirklich soweit, dass der Diktator der Deutschnationalen Volkspartei mit Leichtigkeit in die Lage geraten kann, als Anhängsel Hitlers zur komischen Figur des Parlaments herabzusinken.

Im Tone tiefster Bitterkeit rechnet die agrarische "Deutsche Tageszeitung" Herrn Hugenberg vor, dass seine Bekämpfung des Marxismus dazu geführt hat, die Sozialdemokratie über die Rechte triumphieren zu lassen. In der Tat: Soweit sich überhaupt ein Wahlergebnis vorausberechnen lässt, wird im neuen Reichstag noch viel weniger ohne die Sozialdemokratie regiert werden können als im alten. So hat denn die "Deutsche Tageszeitung" von ihrem Standpunkt aus Recht, wenn sie Hugenbergs Politik mit dem Hohnwort charakterisiert: sie habe alles erreicht, was sie verhindern wollte! - Es ist so, es ist wirklich so: Krösus Hugenberg hat eine grosse Partei zerstört!

Ihm selbst aber geht es einstweilen noch wie Hans im Glück: er merkt nicht von dem, was das Schicksal mit ihm im Sinne hat. Er hat, wie der Hans des Märchens, seinen grossen Geldbeutel eingetauscht gegen das Pferd, das Pferd gegen die Kuh, die Kuh gegen das Schwein, das Schwein gegen die Gans, die Gans gegen den Stein - nationaler Block genannt! Und wenn dieser Stein am 14. September ins Wasser rollt, so wird Hans Hugenberg im Glück erleichtert ausrufen, dass er nun auch diese Last los sei.

SPD. Worms, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Reichspräsident besuchte am Sonnabend zahlreiche Städte der dank der Verständigungspolitik der Sozialdemokratie von der Besatzung befreiten Pfalz. Hindenburg wurde überall feierlich empfangen.

SPD. Die Reichsregierung will aktiv in den Wahlkampf eingreifen. Sie hat begonnen mit einem Wahlaufruf, dessen erster Satz eine grobe Entstellung der Tatsachen war, eine Geschichtsklitterung, wie sie im Buche steht. War das der Sinn der Aufforderung Brünings an die Zentrumsfraktion, den Wahlkampf aggressiv zu führen? Aggressiv heisst wohl unbeschwert durch Wahrhaftigkeit?

Der ersten glorreichen Tat ist die zweite auf dem Fusse gefolgt, Herr Joseph Wirth, der Reichsinnenminister, hat im Rundfunk auf der Deutschen Welle eine Wahlrede für das System Brüning gehalten. Die zweite Tat ist der ersten würdig: Herr Wirth hat die Grundprinzipien einer demokratischen Verfassung so sehr zum alten Eisen geworfen, dass er die neue Theorie einer Minderheitsregierung entwickelte, der sich die Mehrheit zu fügen habe. So ungefähr hörte man es schon im Wahlauf Ruf der Regierung. Es zieht die eine Schuld die andere nach sich: man hat eine Minderheitsregierung gebildet, um die Sozialdemokratie auszuschalten. Nach der Tat entwickelt man die Theorie dazu, und eine reizende Theorie! Danach würde die Partei der Arbeiterschaft entweder auf

ewig von der Leitung des Staates ausgeschaltet sein und dürfte das Gewicht ihrer Stimmen nur ausschliesslich für Projekte bürgerlicher Minderheitsgruppen einsetzen! Das ist so primitiv - naiv bürgerlich, so im wahrsten Sinne des Wortes bürgerschädlich gedacht, so absolut undemokratisch, dass es genügt daraufhin zu weisen, wie die schlechte Sache Brünings den Mann und Demokraten Wirth verdorben hat!

Dazu tritt die Geschichtsklitterung Nummer zwei. Herr Wirth sprach gelassen den Satz aus: "Die Sozialdemokratie hat sich inneren Schwierigkeiten dadurch entzogen, dass sie bei schwierigen Situationen aus der Regierung austrat so war es im März." Das ist nicht nur unwahr, das ist nicht nur eine Geschichtslüge, das ist vielmehr eine ungeheuerliche Verleumdung der Sozialdemokratie. Es leugnet hinweg, dass die Sozialdemokratie um des Staates, um der Rettung der Einheit Deutschlands und seiner Zukunft willen sich in die Bresche geworfen hat. Es beschmutzt die Geschichte der Zeit, in der Herr Wirth mit der Sozialdemokratie für die gleichen Zwecke kämpfte!

Herr Wirth scheint niemals etwas von einer Deutschen Volkspartei, niemals etwas von Herrn Scholz gehört zu haben, nichts von einem Intrigenspiel Brüning-Treviranus, niemals von Absichten, die Sozialdemokratie auszuschalten! Nicht die Sozialdemokratie ist aus der Regierung ausgetreten - Herr Brüning und Herr Moldenhauer haben den Rücktritt der Regierung Hermann Müller erzwungen. Keine Geschichtsklitterungen, Herr Wirth - die Wahrheit wird durchdringen, auch wenn Sie den Apparat des Rundfunks aufbieten, um sie zu bekämpfen!

Eine zweite Rede Wirths ist angekündigt. Soll auch sie den Tatsachen und der Wahrheit Gewalt antun? Diese Art der Eröffnung des Wahlkampfes ist in der Tat der Regierung Brüning würdig. Die Lüge ist immer ein Zeichen von Schuld-bewusstsein! Wir werden nicht müde werden, die ungeheure Schuld der Regierung Brüning vor dem Volke anzuprangern.

SPD. New York, 19.Juli (Eig.Drahtb.)

Auf der 68.Jahrestagung der Vereinigung der amerikanischen Erziehungsorganisationen in Columbus, Ohio, wurde der Vorschlag, die Vereinigten Staaten sollten die 145 Millionen Dollar, die Deutschland für die amerikanischen Besatzungskosten im Rheinlande zu zahlen hat, zur Förderung erzieherischer Aufgaben und Pflege internationaler Freundschaft verwenden, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Amerika könne, nach den Darlegungen der Redner, diesen Beitrag leicht opfern. Er könne neben allgemeinen Aufgaben auch für den internationalen Austausch von Professoren und Studenten Verwendung finden.

SPD. London, 19.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Vorstellungen der englischen Regierung in Kairo sind von dem ägyptischen König mit einer Note beantwortet worden, die in einer für Grossbritannien aussergewöhnlich schroffen Form abgefasst ist. Fuad erklärt, er sehe in der englischen Note einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten Ägyptens, der der versprochenen englischen Neutralität widerspreche. Durch die Entsendung von zwei Kriegsschiffen könne die ägyptische Regierung in ihrer Aufgabe, die Ruhe und Ordnung des Landes zu sichern, nur behindert werden. Die ägyptische Regierung sehe keinen Grund, weshalb die Schiffe nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Alexandrien noch länger in der Nähe dieser Stadt verweilen würden.

SPD. Angora, 19. Juli (Eig. Bericht)

Die türkischen Blätter haben die vor wenigen Tagen aufgestellte Fiktion, als ob der Kurdenaufstand endgültig niedergeworfen wäre, rasch wieder aufgeben müssen. Der türkische Sieg in der Schlucht von Seilan, der einige Tage alle türkischen Blätter füllte, stellt sich lediglich als erfolgreiche, aber nicht entscheidende Teilaktion heraus. Die entscheidende Offensive gegen den Ararat, die ursprünglich auf den 18. Juli angesetzt war, ist wieder um einige Tage verschoben worden.

Das türkische Oberkommando im Osten hat jetzt zwei offiziösen türkischen Blättern die Berichterstattung vom Kriegsschauplatz gestattet. Sie berichten spaltenlang und lassen erkennen, dass der Widerstand der gutbewaffneten und mit zahlreichen Maschinengewehren ausgerüsteten Kurden äusserst hartnäckig und erbittert ist. Die Kurden werden von früheren Offizieren der türkischen Armee geführt und leisten ihren militärischen Führern unbedingten Gehorsam, obwohl sie unter Proviantmangel leiden. Bisher hat sich kein einziger Kurdenstamm ergeben.

Die Verwüstungen, die durch den Kurdenkrieg in den türkischen Provinzen Wan und Bajasid bisher angerichtet wurden, sollen furchtbar sein. Amtlich wird gemeldet, dass in dem Bezirk Erdschisch 5 Dörfer, deren Bewohner sich dem Aufstand angeschlossen haben, völlig vernichtet worden sind. Die Presseberichterstatte r melden darüber hinaus, dass allein im Bezirk Erdschisch bisher 200 Dörfer vernichtet worden seien und im Bezirk Patnos kein einziges Dorf mehr bestünde.

SPD. Zürich, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Führer der Kommunisten in Schaffhausen Bringolf hat sein Mandat als Nationalrat niedergelegt. Dieser Schritt ist auf die z.Zt. in der Schweizer kommunistischen Partei vor sich gehende Reinigungsaktion des Ekki zurückzuführen.

Jahrelang ist die Kommunistische Partei der Schweiz der Aufmerksamkeit des Ekki entgangen. Vor wenigen Wochen aber hat das Auge Moskaus doch erspäht, dass die Schweizer Kommunisten und ihre beiden Nationalräte wiederholt "sozialdemokratischen", ja sogar "kleinbürgerlichen Abweichungen", unterlegen sind. Die Folge war der übliche "offene Brief des Ekki", die Parteidiskussion, die bolschewistische Selbstkritik - und das gegenseitige Intrigieren. Die Bilanz dieses in der Stille der Schweizerischen Politik doppelt aufgeregt-wirkenden Getues wurde auf dem Pfingstparteitag der Schweizer Kommunisten in Basel gezogen: die langjährigen Führer der Partei, Wieser, Bobst, Bodenmann und Bringolf wurden unter Assistenz eines Gesandten des Ekki, der aus Deutschland kam, "abgesägt" und durch einen bisher nur wenig im Vordergrund stehenden Mann namens Dunkel und seine Gefolgschaft ersetzt.

Vorläufig aber scheint man die Rechnung ohne die Mitglieder gemacht zu haben, die sich - dank der demokratischen Tradition der freien Schweizer - gegen die Bevormundung durch Moskau gehörig zur Wehr setzen. Bringolf, der kommunistische Führer in Schaffhausen, wurde z.B. trotz des Wunsches des Zentralkomitees von der Mitgliedschaft nicht abgesetzt. Das Zentralkomitee antwortete mit Intrigen, öffentlicher Beschimpfung, so dass Bringolf schliesslich auf alle Funktionen verzichtete. Ob damit die Krise und der "Reinigungsprozess" abgeschlossen sind, möchten wir allen Ernstes bezweifeln.

SPD. Die Preussische Staatsregierung wird dem Ständigen Ausschuss des preussischen Landtags schon in den nächsten Tagen eine Notverordnung zur Beschlussfassung vorlegen, nach der Mieb- und Stichwaffen wie Schlagringe, Dolche, Gummiknüppel usw. allgemein nur von besonders hierzu legitimierten

Personen und in politischen Versammlungen überhaupt nicht getragen werden dürfen. Zuwiderhandlungen sollen mit einer Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis geahndet werden.

Die Notverordnung ist angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes besonders dringlich.

SPD. Wien, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

In einem Aufruf an die Wählerschaft stellt die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats anlässlich der Vertagung des Parlaments fest, dass die bürgerlichen Parteien die Arbeitnehmerschaft immer mehr ihrer Errungenschaften berauben wollen. Die Sozialdemokratie fordere Neuwahlen. Noch zitterten die bürgerlichen Parteien vor dem Urteil der Wähler und doch müssten spätestens im Frühjahr Neuwahlen erfolgen. Dann gelte es ein Parlament zu wählen, in dem nicht mehr gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne.

SPD. Liste 1 ist bei den kommenden Wahlen wiederum die Liste der Sozialdemokratie!

Im Reichsministerium des Innern fand am Sonnabend eine Besprechung mit Vertretern der bisher im Reichstag vertretenen Parteien statt, die zu einer Übereinstimmung dahin führte, dass die zehn ersten Plätze auf den Wahllisten sämtlicher Wahlkreise nach den bestehenden Bestimmungen in folgender Reihenfolge festzusetzen sind :

1. Sozialdemokraten
2. Deutschnationale Volkspartei
3. Zentrum
4. Kommunisten
5. Deutsche Volkspartei
6. Deutsche Demokratische Partei
7. Wirtschaftspartei
8. Bayerische Volkspartei
9. Nationalsozialisten
10. Christlich-Nationale Bauernpartei.

Alle neuen Parteigruppierungen, die eigene Kandidaten aufzustellen beabsichtigen, rangieren auf der Wahlliste hinter den bereits bei der letzten Reichstagswahl aufmarschierten Parteien.

SPD. Paris, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Die besorgten Kommentare der Pariser Presse zur Reichstagsauflösung wollen kein Ende nehmen.

Am Sonnabend erklärt auch der "Temps", dass die neue Krise eine schwere Belastungsprobe für die Verfassung und die Republik darstelle, zumal auch die Person des Reichspräsidenten mit in den Kampf gezogen worden sei. Viermal in einem Jahrzehnt habe der Reichstag aufgelöst werden müssen, ein beunruhigendes Zeichen dafür, dass die bürgerlichen Parteien es nicht verstanden hätten, den Willen des Volkes in einer stabilen Regierung zur Geltung zu bringen. Eine Reichstagsauflösung aber um finanzieller Differenzen willen sei einfach unverständlich. Sie beweise, dass die Regierungsparteien des politischen Mutes ermangelten. Es zeige sich heute wiederum, welcher Verlust für die bürgerlichen Parteien in Deutschland der Tod Stresemanns gewesen sei.

Die grosse Siegerin des Tages, fährt der "Temps" fort, sei die Sozialdemokratie. Sie stehe umso günstiger da, als die Deutschnationalen sich bei

der entscheidenden Abstimmung übernommen hätten und die Einheit ihrer Partei in Brüche gegangen sei. Hugenberg habe es glücklich fertiggebracht, sich den Ruhm des Totengräbers der Deutschnationalen Partei zu verdienen. Die Wahlposition der Sozialdemokraten in der Opposition gegenüber der Regierung sei insbesondere auch insofern günstig, als der Reichskanzler die Wahlschlacht um die neuen Steuern zu schlagen beabsichtige.

SPD. Angora, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein Teil der türkischen Armee drang bei der Verfolgung kurdischer Rebelle etwa 80 Kilometer weit in persisches Gebiet, um das dort befindliche Hauptquartier der Kurden zu sprengen. Die Aktion soll geglückt sein, ohne dass persische Truppen einen Gegenstoss unternommen haben. Die Lage ist äusserst gespannt. Eine Stellungnahme der persischen Regierung zu der Grenzverletzung türkischer Truppen liegt noch nicht vor.

SPD. Die Verhandlungen des bisherigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Graf Westarp mit den bereits früher von der deutschnationalen Partei abgesplitterten Gruppen werden erst in mehreren Tagen abgeschlossen. Das Ziel dieser Verhandlungen ergibt sich aus einem Artikel der "Kreuzzeitung" des Grafen Westarp über "Die konservative Aufgabe", in dem es zum Schluss heisst:

"Wir müssen mitten im Kampf den neuen Aufmarsch vollziehen. Das erfordert doppelte Energie und einen zielsicheren Willen, vor dem alle Sonderwünsche zurücktreten müssen. Wir fordern Disziplin. Disziplin aber ist das in die Tat umgesetzte Bekenntnis zum Führerprinzip. Es geht diesmal nicht um Parolen, sondern um harte Wirklichkeiten, und kein Konservativer kann sich der Pflicht entziehen in zäher Arbeit seine Anschauung politisch fruchtbar werden zu lassen."

Die Wendung von der Pflicht jedes Konservativen, "seine Anschauung politisch fruchtbar werden zu lassen", lässt darauf schliessen, dass eine Sammlung der Splitter zum Zwecke der Neubildung einer Partei zunächst nicht beabsichtigt ist. Das Ziel ist vielmehr, wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" feststellt, "den Gedanken gemeinsamer Listen für Stadt und Land soweit zu entwickeln, dass er auch organisatorisch untermauert ist und er sich als tragfähig genug für spätere dauernde erweiterte Zusammenarbeit erweist. Von besonderer Bedeutung wird in diesem Zusammenhang die Tagung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes sein, die am Donnerstag stattfindet."

Dem organisatorischen Zusammenschluss der einzelnen bisherigen deutschnationalen Gruppen stehen so grosse sachliche und vor allem persönliche Schwierigkeiten entgegen, dass man das heisse Eisen zunächst erst garnicht anzufassen wagt.

+ + +

Der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Westarp hat in einem Schreiben an Hugenberg seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt.

SPD. Helsingfors, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Der finnische Innenminister hat angeordnet, dass kommunistische Vorschläge zur Reichstagswahl nicht angenommen werden dürfen. Ausserdem hat er kommunistische Versammlungen und Zusammenkünfte von Kommunisten verboten. Neuerdings werden in der Provinz auch sozialistische Jugendgruppen polizeilich überwacht.

Aus aller Welt

Die nationalsozialistische Mordfeme.

Die Röntgentaler Mörder schwindeln weiter - Ueberfall im Nazi-Lokal - Die Flucht auf das Polizeirevier.

SPD. Berlin, den 19. Juli (Fig. Ber.)

Im Röntgentaler-Prozess ist man noch immer bei den Zeugenvernehmungen. Es geht mit schneckenhafter Langsamkeit vorwärts, da der Vorsitzende Ohnesorge in allzu umständlicher Manier im Zeitlupentempo arbeitet. Die Angeklagten haben sich auf ein bestimmtes System festgelegt und dieses System ist sehr einfach: sie leugnen mit beispielloser Unverfrorenheit, alles, was sie bisher freiwillig zugegeben hatten, wissen von nichts, haben nicht geschossen, sind von den Reichsbannerleuten angefallen worden und was der blühenden Märchen noch mehr sind. All diese faustdicken Schwindeleien werden vom Vorsitzenden mit engelsgleicher Geduld hingenommen, während ein andauerndes Grinsen die Reihen der sichtlich animierten Angeklagten durchzieht.

+

Wichtiger als diese unfruchtbaren Vernehmungen prinzipieller Lügner sind die Aufsehen erregenden Enthüllungen, die Staatsanwalt Stehner in der Sonnabend Verhandlung machte. Während Herr Ohnesorge gerade einen siebzehnjährigen nationalsozialistischen Schnösel nicht ohne Herzlichkeit bittet, doch wenigstens einigermaßen bei der Wahrheit zu bleiben, erhebt sich der Staatsanwalt und sagt: "Ich habe dem Gericht eine bedeutsame Erklärung abzugeben. Der Angeklagte Renner hat mir mitgeteilt, dass er vorgestern im Lokal von Franz gewesen sei, um mit einem Freund, der dort verkehrt, etwas zu besprechen." Die Angeklagten geraten in grosse Unruhe und flüstern nervös miteinander, der Röntgentaler Sturmführer Pankrath klopft mit dem Handknöchel erregt auf die Angeklagtenbalkustrade. Der achtzehnjährige Lehrling Renner sitzt etwas blass, aber sehr gefasst auf seinem Stuhl, während die Mitangeklagten wütende Blicke auf ihn werfen.

+

Nach einer kurzen Pause fährt der Staatsanwalt fort: "Bei Franz ist Renner sogleich von anwesenden Nationalsozialisten beschimpft worden. Ein Mann mit dem Hakenkreuzabzeichen hat auf den Tisch geschlagen und ihm zugerufen: "Da kommt ja der verfluchte Spitzel!" Eine ganze Anzahl SA.-Leute umringten Renner und stellten die Frage, ob er denn überhaupt noch Nationalsozialist sei. Als Renner darauf erwiderte: "Nein, ich bin Arbeiter - " stürzten aus einem Hinterzimmer der Wirtschaft Mitglieder eines Sturmtrupps auf Renner zu und schlugen nach ihm. Einer versetzte ihm einen solch heftigen Schlag übers Ohr, dass er eine Zeit lang nichts mehr hören konnte. Renner kam über diese Missbehandlung in grosse Erregung und rief seinen Angreifern zu: "Ihr werdet von mir hören!" - Worauf ihm von den Sturmtruppleuten mit den Fäusten gedroht wurde und Rufe ertönten: "Wag' Du nur etwas! Dann kriegst Du eine Kugel durch den Kopf!" Renner floh nunmehr aus dem Lokal, da die anwesenden Nationalsozialisten Miene machten, über ihn herzufallen. Er ging dann mit einem Schupo in das Lokal zurück, um die Personaliendes Mannes festzustellen, der ihn geohrfeigt hatte. Der Betreffende war jedoch verschwunden. Auf dem Heimweg wurde Renner von mehreren Nationalsozialisten verfolgt und musste auf das Polizeirevier flüchten, von wo er unter polizeilichem Schutz nach Hause gebracht wurde."

+

Die sensationellen Mitteilungen des Staatsanwalts Stehner riefen im Gerichtssaal grösste Bewegung hervor. Einige Angeklagte sprangen auf und gestikulierten heftig. Der Staatsanwalt ist jedoch noch nicht zu Ende. Er ruft Renner hervor und sagt zu ihm: "Sagen Sie, stimmt es, dass etwa 5 Wochen vor Beginn des Prozesses in einer Versammlung des Sturmtrupps davon gesprochen worden ist, dass der Zeuge Rose, der am Tage der Schiesserei auf dem Bahnhof zurück geblieben und nicht zum Verkehrslokal "Edelweiss" mitgegangen war, für vogelfrei erklärt werden sollte? Angeblich bestand der Verdacht, dass Rose in antisemitischen Lokalen verkehre?" Renner (mit fester Stimme): "Das ist richtig!" Staatsanwalt: "Was bedeutet das, vogelfrei?" - Renner sieht sich einen Augenblick scheu um, fährt mit der Hand hastig über die Stirn und sagt dann laut und vernehmlich: "Das bedeutet: schlägt ihn, wohin ihr auch trefft". "Werden solche Verfemungen denn auch ausgeführt?" - "O ja, das ist eine sehr ernsthafte Sache!" Im weiteren Verlauf der Verhandlung teilt der Anklagevertreter noch mit, dass die Mutter des Renner um polizeilichen Schutz für ihren Sohn gebeten habe, da sie nach genauer Kenntnis der Dinge sehr um sein Leben fürchte. Diese Enthüllungen haben die Angeklagten ganz offensichtlich aus der Fassung gebracht. Mit ihrer überlegenen Heiterkeit ist es vorerst vorbei. Sie sind merklich niedergedrückt und sprechen erregt auf ihre Anwälte ein. Es steht schlecht um die Sache der feigen Röntgentaler Mörder.

+ + +
Stinnes freigesprochen.

SPD. Im Stinnes-Prozess wurden am Sonntagabend der Hauptangeklagte Hugo Stinnes sowie die Angeklagten Nothmann und Leo Hirsch zum zweiten Male von der Anklage des versuchten Betruges wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Gefängnisstrafen erster Instanz, auf die gegen die Angeklagten von Waldow und Bela Gross erkannt worden war, wurden in verhältnismässig geringfügige Geldstrafen umgewandelt.

Im Stinnes-Prozess war am Sonnabend grosses feierliches Finale. Die Herren Angeklagten waren zum Teil in dunklen Gesellschaftsanzügen erschienen, um der Würde der Stunde gerecht zu werden. Der Sitzungssaal des Landgerichts I war dicht gefüllt; als Herr Stinnes erschien, erhob sich allseitig ein freundliches Kopfnicken -, denn ein reicher Mann ist auch dann noch im weiteren Umkreise geachtet, wenn er unter der Anklage grossangelegter Kriegsanzleihschleibungen steht. Herr Alsberg, der exklusive Moabiter Verteidiger aller aufrechten Grossbürger, hatte für ein märchenhaftes Honorar viele Stunden lang für seinen Klienten plädiert und Freispruch verlangt. Dies Plaidoyer war ein Meisterstück juristischer Dialektik und vom gesunden Volksurteil über die Affäre Stinnes ebenso weit entfernt wie das Vermögen des Angeklagten von dem gewöhnlicher Sterblicher. Als Landgerichtsdirektor Tolk den Freispruch des Herrn Stinnes wegen Mangel an Beweisen verkündet, geht ein Aufatmen über das Gesicht des gespannt lauschenden Angeklagten. Die verkrampften Hände lösen sich; die finsternen, verschwommenen Augen blicken für Minuten heiter und glücklich. Herr Tolk führt folgendes aus: Bei dem grossangelegten Betrug, der von Rumänien und Frankreich aus gegen das Deutsche Reich inszeniert worden war, hatten die Angeklagten wider besseres Wissen angegeben, dass ihre Kriegsanzleihe sich seit dem 1. Juli 1924 in ihren Händen befand. Es war ein glatter Betrug. Das Geld zum Ankauf der Stücke hat, das steht fest, der Angeklagte Hugo Stinnes gegeben. Man muss zu Gunsten der Angeklagten von Waldow und Hugo Stinnes unbedingt an-

nehmen, dass sie von dem Betrugscharakter des Unternehmens nicht von vornherein gewusst haben. Ihre Erziehung und Ihre Herkunft schützt sie durchaus vor einem solchen Verdacht (!) Stinnes kann nicht bestraft werden, da nicht erwiesen ist, dass er von den Machinationen Kenntnis gehabt hat. Wenn von Waldow Hugo Stinnes belastet, so muss diese Aussage als unglaubwürdig bezeichnet werden, da man den Eindruck hat, dass sich Herr v. Waldow an Stinnes rächen wollte. Stinnes hat nie gestanden, auch vor dem Untersuchungsrichter nicht. Wenn er dem vernehmenden Kommissar Heinzmann gegenüber ein Geständnis ablegte, so ist das wertlos, denn der Kommissar sagte zu ihm: "Gestehen Sie, sonst kehren wir Ihnen das Unterste zu oberst und verhaften Sie!" Waldow hingegen hat von dem Betrug gewusst und muss bestraft werden. Strafmildernd gilt immerhin, dass er von dem Betrug erst Kenntnis erhielt, als die Sache schon im Gange war und er bei Abspringen erhebliche Gelder riskiert hätte. Als Erschwerung hat indes zu gelten, dass er als früherer Offizier, einen Betrug gegen sein Vaterland niemals hätte begehen dürfen. - -

Das Urteil, das eine der grössten und infamsten Schiebungen gegen das Lebensinteresse des ganzen Volkes fast völlig ungesühnt und dem Hauptmacher frei ausgehen lässt, wird im Volke sicher nicht verstanden werden. Hatte man Angst, an Hugo Stinnes heranzugehen? Das möchte es so scheinen. Es ist eine Illustration zu dem Sprichwort: "Die Kleinen fasst man, die Grossen lässt man laufen!" - -

+ + +

Zwei Betrüger verhaftet. Zwei internationale Gauner, die beiden Polen Abraham Schmoll und Najack Süssmann, sind am Sonnabend von der Pariser Polizei verhaftet worden. Der eine der beiden Schwindler pflegte in zerlumpter Kleidung als russischer Flüchtling aufzutreten und zu versuchen, einen angeblich letzten ihm noch verbliebenen Diamanten billig an den Mann zu bringen. Der Zweite erschien dann im rechten Augenblick als eleganter Diamantenhändler, kaufte den Reflektanten den Diamanten schnell vor der Nase weg und überliess ihnen dafür einige andere "billigere", in Wirklichkeit ganz wertlose Steine. Auf diese Weise sind zwei Amerikaner um 500 000 Francs, zwei Holländer um 150 000 geschädigt worden. Ein tschechisches Ehepaar wurde auf der Hochzeitsreise um 600 000 Francs geschädigt. Die Schwindler sollen auch schon in Deutschland und in der Schweiz mit dem gleichen Trick erfolgreich gearbeitet haben.

+ + +

Ueberfall auf einen Chauffeur. In der Nacht zum Sonnabend wurde in Berlin ein neuer Raubüberfall auf einen Autodroschenchauffeur verübt. Der Chauffeur hatte einige Fahrgäste nach dem Innsbrucker Platz in Schöneberg gefahren. Als er seine Fahrt mit dem leeren Wagen fortsetzte, hielten ihn drei junge Leute mit erhobenen Revolvern an und verlangten von ihm die Herausgabe seiner Tageseinnahme. Es gelang dem Chauffeur jedoch aus dem Wagen herauszuspringen und hinter ihm Schutz zu suchen. Durch seine Hilferufe und die andauernden Hupensignale eines entgegenkommenden Autos aufmerksam gemacht, eilten Beamte einer Schupostreife herbei. Darauf flüchteten die Räuber in den nahe gelegenen Schöneberger Stadtpark. Einer der jungen Leute konnte nach längerer Suche in einem Gebüsch aufgestöbert und verhaftet werden. Seine beiden Komplizen sind entkommen.

+ + +

Aus Liebe unschuldig ins Zuchthaus. Vor dem Schwurgericht in Paris wurde am Sonnabend das Wiederaufnahmeverfahren zu Gunsten eines Mannes eröffnet, der sich vor etwa Jahresfrist aus unglücklicher Liebe unschuldig zu fünf Jahren Zuchthaus hatte verurteilen lassen. Damals war ein italienischer Arbeiter bei einem Wirtshausstreit von dem Bruder seiner Braut erschlagen worden. Der Liebhaber stellte sich der Polizei als Mörder. Kurz nach seiner Verurteilung stellte sich jedoch seine Unschuld heraus.

+ + +

Handgranatenexplosion. Auf dem belgischen Truppenübungsplatz Beverloo fanden ein Leutnant und ein Soldat den Tod durch eine Handgranatenexplosion. Der Kompagniechef, der sich nicht weit von der Unglücksstelle aufhielt, erlitt lebensgefährliche Verletzungen, ausserdem wurden ein Reserveoffizier und ein Unteroffizier verletzt.

Knabenmord. In Valburg im deutsch-niederländischen Grenzgebiet wurde in einem Graben der achtjährige Sohn einer dort zu Besuch weilenden Familie mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde ein im Dorfe wohnender Knecht verhaftet, der bereits wegen mehrerer Verbrechen vorbestraft ist. Der Knecht legte ein umfassendes Geständnis ab.

Einbrecherbande verhaftet. Der am Donnerstag der letzten Woche verübte Einbruch in ein Konfektionsgeschäft in der Berliner Friedrichstadt ist von der Berliner Kriminalpolizei bereits aufgeklärt worden. Es war gelungen, die Dröschke zu ermitteln, in der die gestohlenen Waren weggeschafft worden sind. Später konnten auch die Diebe im Norden und Süden Berlins verhaftet werden. Es sind drei Arbeiter, die schon mehrere Einbrüche auf dem Korbholz haben. Die gestohlenen Seidenwaren wurden in einer Wohnung in Neukölln und in einem Keller am Wedding gefunden.

Ein Rembrandt für 400 000 Mark. Bei der Kunstauktionsfirma Christie in London erstand am Sonnabend ein Amerikaner das "Portrait eines Mannes" von Rembrandt aus der Scarsdale-Sammlung für einen Preis von 400 000 Mark. Ein Bildnis von Hobbema wurde für 336 000 Mark ebenfalls nach Amerika verkauft.

Erbschaftsstreit mit tödlichem Ausgang. Eine blutige Familientragödie, die zwei Menschenleben forderte, ereignete sich in Lüdinghausen in Westfalen. Der Stiefsohn des Metzgermeisters Laschnik, der 21jährige Metzgergeselle Joseph Hölscher, schoss im Verlauf eines heftigen Erbschaftsstreites seinen Stiefvater nieder und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Er wurde ins Krankenhaus gebracht und starb dort bald an den erlittenen Verletzungen.

Kesselexplosion auf einer Lokomotive. In Kanada explodierte etwa 50 Kilometer von der Stadt Winnipeg der Dampfkessel der Lokomotive eines Güterzuges. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet, drei Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Diphtherie in der Kinderrepublik. In der aus ganz Deutschland beschickten Kinderrepublik an der Lübecker Bucht sind einige Erkrankungen an Diphtherie erfolgt, von denen eine bereits tödlich verlaufen ist. Zur Erforschung der Ursachen der Erkrankungen ist eine Berliner Kommission nach Lübeck gereist, die aus dem Diphtherieforscher Dr. Menk vom Reichsgesundheitsamt, dem sozialdemokratischen Mitgliede des Reichsgesundheitsrates Dr. Moses und dem sozialdemokratischen Neuköllner Stadtschulrat Dr. Löwenstein besteht.

Selbstmord eines Reichswehr-Funkers. In einer Autodroschke erschoss sich in Königsberg der Oberfunker Günther Kraska von der II. Nachrichtenabteilung. Der Grund ist unbekannt.



Eine gefälschte Bilanz?

"Grosskampftag" in der A.G. für Verkehrswesen.

SPD. In der A.G. für Verkehrswesen, dem grössten deutschen Bahn- und Baukonzern, hat Ende voriger Woche ein regelrechter Grosskampftag stattgefunden. Wenn man der bürgerlichen Handelspresse Glauben schenken wollte, dann wäre der Aktionäre von früher in diesen Tagen wieder lebendig geworden, und die viel umstrittene Kapital- und Aktionärdemokratie intakt. Man machte ziemlich viel her mit dem "freien" Aktionär. Nun, der Ausgang der Generalversammlung bei der A.G. für Verkehrswesen hat etwas anderes bewiesen. Von der ganzen Aktionärsdemokratie blieb ein zersplitteter Haufe von Kleinaktionären, der nur eine höhere Dividende fordert. So hat der "Grosskampftag" den Beweis gebracht, dass das Gerede von der "Demokratisierung des Kapitals" Unfug und unser Aktienwesen noch genau so reformbedürftig ist wie vorher. Daneben bleibt die Unterschrift eines unserer bekanntesten Grossindustriellen unter einer Bilanz, von der man ruhig sagen kann, sie ist gefälscht.

Die A.G. für Verkehrswesen ist in ihrer heutigen Form eine Schöpfung ihres Generaldirektors Dr. Lübbert. Um die Jahrhundertwende gegründet, betätigte sie sich besonders in den deutschen Kolonien. Sie besass Diamantengruben, baute Bahnen und Hafenanlagen und wurde so Empfänger der in der wilhelminischen Ära reichlich gegebenen und äusserst nahrhaften Kolonialsubventionen. Mit dem Krieg und mit dem Verlust der Kolonien war das goldene Zeitalter zu Ende. Der Afrikaausflug der A.G. für Verkehrswesen musste liquidiert werden. Die Verhältnisse waren aber derart verwickelt, verworren und kompliziert, dass sich keiner mehr zurecht fand. Da übernahm Lübbert die Entwirrung des Knotens. Lübbert, Jurist von Hause und aus einer Breslauer Kaufmannsfamilie stammend, kam etwa 1910 nach Afrika, wo seine kaufmännischen Instinkte sich auf das Minengeschäft konzentrierten. Er hat dabei noch Zeit gefunden, wissenschaftliche Abhandlungen zu verfassen und einen Kommentar zu den deutschen afrikanischen Bergbauverordnungen herauszugeben. 1919 gründete er in Afrika Strohmannsgesellschaften, die die ehemaligen deutschen Diamantengesellschaften zusammenschlossen, und rettete so ein gut Teil deutschen Vermögens in Südafrika vor der Beschlagnahme. Dieser Mann liquidierte als die A.G. für Verkehrswesen mit dem Erfolg, dass er, als er 1924 nach Deutschland zurückkehrte, einen ausschlaggebenden Teil der Aktien der von ihm liquidierten Gesellschaft in der Tasche hatte und Generaldirektor der A.G. für Verkehrswesen wurde. Er entwickelte das Unternehmen zum grössten deutschen Bahnkonzern, der über 4 000 km Schienenstrecken kontrolliert, und baute durch die Tochtergesellschaften, die Allgemeine Baugesellschaft Lenz u. Co., (Kolonialgesellschaft) und die Dyckerhoff & Wichmann A.G. Wiesbaden-Biebrich das Baugeschäft international aus. Die A.G. für Verkehrswesen ist so ziemlich in aller Herren Länder tätig. Lübbert zahlte seinen Aktionären während der letzten Jahre die Rekorddividende von 11%. Es ging der A.G. für Verkehrswesen bis dato unter Lübbert recht gut.

Das wussten die deutschen Grossbanken am besten. Also sammelten sich die Adler. Da hatte der Spritkonzern (Schultheiss-Patzenhofer-Ostwerke) z.B. die Heid & Franke A.G., die im Baugeschäft und in der Baustoffproduktion tätig ist. Es war eins von jenen Stücken, das der Spritkonzern in der Inflation nach Stinnesmanier aufgekauft und den Ostwerken angegliedert hatte und mit denen

man nach der Inflation, als man den Spritkonzern organisch gestalten musste, nichts rechtes anzufangen wusste. Jedenfalls muss die Held & Franke den Spritkonzern und die beteiligten Banken (vor allem kommen hier die Berliner Handelsgesellschaft, die Danat- und die Commerz- und Privatbank in Frage) immerhin so viel Geld gekostet haben, dass sie Sorge trugen, irgendwem das Unternehmen aufzuhängen. Als Objekt suchte man sich die A.G. für Verkehrswesen aus. Ihm wurde der Blutegel Held & Franke bei passender Gelegenheit angesetzt und zwar zahlte die A.G. für Verkehrswesen für die Held & Franke im Aktien- austausch über die Lenz & Co. etwa 1,9 bis 2 Millionen Mark. Schon bei diesem Aktienaustausch gingen merkwürdige Dinge vor sich. So legte die A.G. für Verkehrswesen ihre Karten offen auf den Tisch. Die Held & Franke gestattete jedoch keine Einsicht in ihre Bücher, weil sie sich, wenn das Geschäft in Brüche ginge, blosstellte. Das ist sicher eine eigenartige Stellungnahme. Auf die Bilanz für 1928 hin, die einen Gewinn von 1,3 Millionen Mark auswies und die die Unterschrift des Spritkonzerngewaltigen Katzenellenbogen trug, wurde das Geschäft jedoch gemacht. Bei der beabsichtigten Fusion der Held & Franke mit der Lenz & Co. und der Dyckerhoff & Wichmann kam es zu einer Ueberprüfung der Bilanz und nun behauptet Generaldirektor Lübbert, dass die Bilanz der Held & Franke für 1928 statt eines Gewinnes von 1,3 Millionen Mark einen Verlust von 2 Millionen Mark hätte ausweisen müssen. Stimmt das, dann hat Katzenellenbogen eine falsche Bilanz unterschrieben. Und allem Anschein nach wird es so sein. Das führte zu Auseinandersetzungen im Aufsichtsrat der A.G. für Verkehrswesen und zu dem oben erwähnten Grosskampftag. Andererseits behaupten die Vertreter der Banken, Lübbert habe die A.G. für Verkehrswesen in Geschäfte hineingezogen die bedenklich seien und den Konzern gefährden.

Eine Einigung zwischen den beiden Gruppen erwies sich als unmöglich. Deshalb traten die Vertreter der Banken aus dem Aufsichtsrat der A.G. für Verkehrswesen aus und zwar in einer Form, dass man wohl sagen kann, Lübbert hat ihnen gezeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Der Mut eines deutschen Industriellen, sich der Macht des deutschen Grossbankkapitals entgegenzustellen, imponiert. Allerdings stützt sich Lübbert bei seinem Vorgehen auf englische Finanzkreise, anscheinend auch auf die Reichskreditgesellschaft und ausserdem auf die kapitalkräftige Quandtgruppe. Das Kräfteverhältnis ist also nicht zu ungleich. Vorerst hat man hier die schwebende Anfechtungsklage gegen den Kauf von Held & Franke abzuwarten.

Die A.G. für Verkehrswesen ist, wenigstens bis jetzt nicht, wie die Banken bedeuten, nicht zusammen gebrochen, wie beispielsweise der Harburger Oel- oder der Frankfurter Lebensversicherungskonzern. Aber der Aufsichtsrat hat in geradezu katastrophaler Weise, wie in Harburg und Frankfurt, und auch anderswo, versagt. Es liegt auch nicht nur Nachlässigkeit und Ueberbeschäftigung infolge Ueberbürdung mit tantiemetragenden Aufsichtsratsposten vor. Vielmehr lässt sich bei den Banken und beim Spritkonzern (wo die eigentlich Schuld liegt, ist gleichgültig) die Tendenz feststellen, ein an sich gesundes Unternehmen von internationalem Ruf und von grösster Bedeutung für unsere Volkswirtschaft auszuschlachten, wie der Stinneskonzern seine rentablen Unternehmen im Interesse einer übersteigerten und sinnlosen Expansionspolitik ausschlachtete. Der Spritkonzern und die Banken haben doch nichts anderes getan, indem sie der A.G. für Verkehrswesen die Held & Franke aufhängten, als dass sie diesem Unternehmen Blut, zugunsten ihrer Interessen, abzapften. Die im Gesetz vorgesehenen Sicherungsfaktoren haben versagt. Wie in anderen Fällen erweist sich auch hier, dass eine richtige Kontrolle gefehlt hat. Diese kann auch nicht auf den Aktionären beruhen, sondern auf einer Einbeziehung der Arbeiterschaft in die Verwaltung im Sinne wirklicher Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie.

SPD. Die denemerdings von dem Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vorgelegten Produktionsziffern für den Monat Juni zeigen den starken Rückgang

in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Die Rohstahlgewinnung, die im Juni 1929 arbeitstäglich noch 57 232 Tonnen ausmachte, verringerte sich von 39 373 Tonnen im Mai 1930 auf 37 371 Tonnen im Juni 1930. Das bedeutet einen Rückgang der Produktion von 1 430 805 Tonnen im Juni 1929 und 1 034 088 Tonnen im Mai 1930 auf 859 310 Tonnen im Juni 1930. Bei der Walzwerksproduktion (Juni 1929 arbeitstäglich = 39 565 Tonnen) liegt eine Abflachung der arbeitstäglichen Erzeugung von 28 298 Tonnen im Mai 1930 auf 26 234 Tonnen im Juni 1930 vor. Das bedeutet einen Rückgang der Produktion von 1 093 082 Tonnen im Juni 1929 und 819 243 Tonnen im Mai 1930 auf 626 805 Tonnen im Juni 1930.

Diese fürchterliche Produktionsdrosselung vollzog sich trotz der berühmten Eisenpreissenkung, die auf Grund des Oeynhausener Schiedsspruchs und ausschliesslich und einseitig auf Kosten der Arbeiter durchgeführt worden ist. Die Eisenbarone haben der Öffentlichkeit vorgeflunkert, mit einer Eisenpreissenkung die Wirtschaft anregen und zur Verbilligung der Fertigwarenpreise beitragen zu können. Unkritische Geister haben diesen Versprechungen auch Glauben geschenkt. Jetzt zeigt sich, dass die Eisenproduktion weiter zurück geht. In Zeitungsnotizen, die augenscheinlich von schwerindustrieller Seite stammen, will man der Öffentlichkeit jetzt plausibel machen, dass selbstverständlich die Eisenpreissenkung nicht zu einer Fertigwarenpreissenkung führen könne und es völlig genüge, wenn man eine Senkung der Selbstkosten, z.B. in der Maschinenindustrie erreicht und eine Steigerung der Fertigwaren vermieden habe. Der Wind pfeift jetzt aus einem anderen Loche.

Welche Veränderungen haben sich vollzogen? Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, dass die vom Eisenkartell vorgenommene Preissenkung nicht genüge. Wir haben eine weiter gehende Preisverbilligung vertreten und verlangt, dass jetzt auch die Unternehmer einmal für die Preisverbilligung Opfer bringen. Die Entwicklung auf den Eisenmärkten in den letzten Wochen hat gezeigt, wie berechtigt diese Forderung war. Die vom Eisenkartell vorgenommene Preissenkung liegt zwischen 2 und 4 Prozent, auf den Weltmärkten haben sich die Preise aber um 10 bis 12 Prozent verringert. Nach den Auseinandersetzungen in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, dem internationalen Eisenkartell, die zur Freigabe der Preise für wichtige Eisensorten führten, kann man mit einer weiteren, sehr empfindlichen Eisenpreissenkung rechnen. Durch die deutsche Eisenpreissenkung ist der Vorsprung der ausländischen Produktion nicht ausgeglichen worden. Sie hat sich vielmehr stark vergrössert. Es handelt sich auch hier um Differenzen, die man nicht mehr durch Lohnreduzierungen ausgleichen kann. Das zu wollen, bedeutet Selbstmord. Es ist andererseits zu bezweifeln, ob man durch höhere Rückvergütungen an die verarbeitende Industrie die Kostendifferenz zwischen In- und Ausland ausgleichen kann. Jedenfalls geht das nicht in der Art wie bisher, dass man die Inlandspreise künstlich hochhält und die Ueberpreise, die man dem Inland abknöpft, für eine Förderung des Exports verwendet, der Verlustexport ist oder zumindestens einem Verlustexport nahekommt. Wir stehen vor der Notwendigkeit einer Veränderung des ganzen, in der Eisenindustrie üblichen Preissystems. Wir können den Absatzausfall im Inland nicht durch Export ausgleichen, woraus sich die Forderung nach einer Steigerung des Inlandsverbrauchs ergibt. Der Inlandsverbrauch kann aber nur mit Hilfe billigerer Preise gehoben werden. Billigere Preise sind aber nur möglich, wenn die Eisenindustrie auf das System der überhöhten Inlandspreise verzichtet und in einen Abbau der Profitquote einwilligt, nachdem man den Arbeitern die Löhne gekürzt hat.

Die Politik der überhöhten Inlandseisenpreise hat uns, das ist nicht zu leugnen, in eine äusserst schwierige Situation getrieben. Der letzte Vierteljahresbericht des Ruhrtrusts spricht Bände. Es ist auch keine Aussicht vorhanden, wie sich die Lage bessern wollte, solange das Schwergewicht überhöhter Eisenpreise auf der verarbeitenden Industrie lastet. Nun hat das Reichswirtschaftsministerium durch die Kartellgesetzgebung eine gewisse Eingriffsgewalt wodurch es immerhin die Eisenpreise beeinflussen kann. Wann wird von dieser Möglichkeit endlich Gebrauch gemacht? Die äusserste Grenze ist ohne Zweifel erreicht.

SPD. Die Konsumgenossenschaften konnten im Geschäftsjahr 1929/30, trotz der Auswirkungen der furchtbaren Wirtschaftskrise, durchweg ihren Umsatz steigern. Eine Ausnahme macht die Konsumgenossenschaft Vorwärts-Befreiung im Wuppertal-Barmen, bei dem der Gesamtumsatz im Geschäftsjahr 1929/30 gering, um 1,1 Prozent zurückging. Er liegt allerdings auf der beträchtlichen Höhe von 31,862 Millionen Mark.

Die Mitgliederzahl ist ebenfalls weiter gestiegen. So gewann der Konsumverein Gera 2 000 Mitglieder, der Konsumverein Minden 520 und der Allgemeine Konsum- und Sparverein für Nordhausen 400 Mitglieder.

Der Oldenburger Konsumverein steigerte im ersten Halbjahr 1930 seinen Umsatz um 13,1 Prozent auf 1,588 Millionen Mark und der Konsumverein Unterweser in Wesermünde in derselben Zeit um 216 000 Mark auf 3,420 Millionen Mark. Beim Konsumverein Minden liegt für das verflossene Geschäftsjahr eine Steigerung um 132 000 Mark auf 1,668 Millionen Mark vor, bei dem Konsumverein Weinheim um 3,84 Prozent auf 1,013 Millionen Mark, beim Allgemeinen Konsum- und Sparverein für Nordhausen um 28,5 Prozent, beim Konsumverein Meissen von sechs Millionen Mark auf 6,175 Millionen Mark und beim Konsumverein Gera um 227 000 Mark auf 7,934 Millionen Mark.

SPD. Die Bedeutung der amerikanischen Arbeiterbanken ist in den letzten Jahren stark gewachsen- Sie befinden sich besonders im Osten und im Mittelwesten des Landes und zwar zählt man in 22 Städten 23 Arbeiterbanken. Es ist damit zu rechnen, dass auch im Süden der Union und in Kalifornien derartige Institute eingerichtet werden.

Besondere Bedeutung kommt in New York der Federation Bank der in der American Federation of Labor zusammengeschlossenen Gewerkschaften und der Amalgamated Bank, der Bank der Amalgamated Clothing Workers, des unabhängigen amerikanischen Herrenschneiderverbandes, zu. Gerade die Amalgamated Bank hat sich in den letzten zwei Jahren zu einer Position im Bankleben von New York aufgeschwungen, die auf das Verhalten der Grossbanken nicht ohne Einfluss geblieben ist. So führte die Amalgamated als wichtige Neuerung ein Bankdepartment für Kleinanleihen ein, das in kurzer Zeit überraschende Erfolge erzielen konnte. Die dadurch geschaffene Nachfrage für kleine Anleihen hat jetzt sogar die grösste Bank Amerikas, die National City Bank, veranlasst, ein ähnliches System nach dem Muster der Amalgamated einzurichten. Auch auf dem Gebiete der Verzinsung der Bankeinlagen ist die Amalgamated führend. Durch ihre in dem letzten Jahre vorgenommenen Erhöhungen des Zinsfusses von 4% auf 4 $\frac{1}{2}$ % wurden auch die anderen New Yorker Banken zu einer Heraufsetzung der Zinsraten gezwungen.

SPD. Der französische Aussenhandel weist im ersten Halbjahr 1930 ein Defizit von 4,2 gegen 5,9 Milliarden im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf. Dabei hat sich der Export von 24,7 auf 22,6 Milliarden und der Import von 30,6 auf 26,8 Milliarden vermindert. Der Rückschlag zeigt deutlich die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die rückläufige Bewegung hat sich in den letzten Monaten besonders verstärkt. Der Export ist von 3,9 Milliarden im März auf 3,8 Milliarden im April, 3,7 Milliarden im Mai und 3,4 Milliarden im Juni, der Import von 4,6 Milliarden im März auf 4,4 Milliarden im April, 4,1 Milliarden im Mai und 4,2 Milliarden im Juni zurückgegangen.

Tendenzumschwung auf Regenwetter.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Juli)

SPD. Der Wochenschluss brachte an der Berliner Produktenbörse einen Tendenzumschwung. Die ausserordentlich starken Niederschläge und die von den überseeischen Plätzen gemeldeten höheren Notierungen riefen bei der Landwirtschaft Zurückhaltung in der Herausgabe von Offerten hervor. Die Preise im Promptgeschäft zogen bei allerdings geringem Umsatz - es machte sich wieder die verkürzte Börsenzeit bemerkbar - in mehrere Mark an. Am Markte der Zeitgeschäfte erfolgten ausserdem ziemlich umfangreiche Deckungen. Besonders wurde hiervon der am Vortag stärker gedrückte Roggen betroffen, bei dem es zu Preissteigerungen bis zu 4 Mark kam. Weizen lag durchschnittlich um $1\frac{1}{2}$ Mark höher. Sehr fest lag auch, ebenfalls auf Deckungen hin, Hafer, der in den Herbstsichten bis zu 7 Mark anzog. Am Mehlmarkt waren die Offerten der Mühlen etwas erhöht. Abschlüsse würden jedoch nur für den laufenden Bedarf getätigt. Wintergerste blieb weiter fest.

	<u>18. Juli</u>	<u>19. Juli</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	172 - 192	165 - 192
Hafer	176 - 184	179 - 187
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,25 - 40,00	32,25 - 40,00
Roggenmehl	23,25 - 26,00	23,50 - 26,25
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 296 (Vortag 293), September 266 (264 $\frac{1}{2}$), Oktober 268 (267), Dezember 274 $\frac{1}{2}$ (273). Roggen Juli (180), September 187 (184), Oktober 190 (186), Dezember 198 (194). Hafer Juli 191 (188), September 189 $\frac{1}{2}$ (183 $\frac{1}{2}$), Oktober 192 $\frac{1}{2}$ (186 $\frac{1}{2}$), Dezember 196 (189).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 19 Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 119 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

SPD. Die Reichsregierung wird in der nächsten Zeit gezwungen sein, die Kapitalmärkte in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zwecke soll eine "Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit A.G." gegründet werden. Die Gedankengänge für die Gründung des Instituts sind ungefähr folgende: Die Regierung hat aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge etwa 400 Millionen zu fordern. Diese 400 Millionen sollen als Unterlage für die aufzunehmenden Kredite dienen. Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit A.G. wird mit einem Kapital von 150 Millionen ausgerüstet sein. Die offenen Reserven betragen 150 Millionen Mark.



Öffentliche Kundschau

Die Botschaft hör ich wohl...

Das Wohnungsbauprogramm des Reichs.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt die Grundsätze für die Durchführung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms des Reichs den Länderregierungen zugeleitet. Viel schöne Dinge werden in diesen Grundsätzen als Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten in Aussicht gestellt. Man will die Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern eindämmen und billige Wohnungen schaffen. Zur Durchführung des Programms stellt das Reich einen Betrag von 100 Millionen zur Verfügung, der auf die Länder nach Abzug eines Ausgleichsstocks von 15 Millionen Mark nach Massgabe des Wohnungsbedarfs und der Arbeitslosigkeit verteilt wird. Aus diesem Betrag werden Reichsdarlehen gegeben, die zunächst mit 1 Prozent verzinslich und hypothekarisch zu sichern sind. Ihnen kann eine erste Hypothek vorangehen, wegen deren Beschaffung zur Zeit noch Verhandlungen im Gange sind. Die Gesamtbelastung soll so sein, dass für die minderbemittelten Schichten tragbare Mieten gewährleistet sind.

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Mit diesem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm kann eine der brennendsten Lebensfragen der breiten Massen: Erzielung geringer Mieten, nicht gelöst werden. Machen wir uns nichts vor! Die zur Verfügung gestellten 100 Millionen Mark, die endlich nach Hängen und Würgen dem Wohnungsmarkt ein bisschen Bewegung bringen sollen - hoffentlich noch vor dem Winter - sind nur ein Notbehelf, aber noch kein wirklicher Hebel zur Verbilligung der Mieten. Diese aber muss das grosse Ziel der Wohnungspolitik sein. Der Reichsarbeitsminister will eine Verbilligung dadurch erreichen, dass die Grundflächen der Wohnung auf das Mindestmass beschränkt werden. Die Baustoffe sollen durch Abschluss geeigneter Lieferungsverträge verbilligt werden; ebenso will man durch eine Zusammenfassung der Bauvorhaben eine Senkung der Gestehungskosten erzielen. Also möglichst kleine Wohnungen und Senkung der Baukosten. Wo Widerstände sich zeigen, soll von der Ausführung der geplanten Bauvorhaben abgesehen werden. Zulässig sind nach den Richtlinien des Ministers Wohnungen mit einer Wohnfläche von 32 bis 45 qkm; soweit die Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern bestimmt sind, können grössere Wohnflächen, jedoch nicht über 60 qkm zugelassen werden. Die Mieten für Wohnungen von 32 bis 45 qkm dürfen 20 bis 40 Mark, die bis zu 60 qkm 40 bis 50 Mark monatlich nicht übersteigen. Man rechnet damit, dass auf diese Weise rund 30 000 Wohnungen erstellt werden.

In einer Zeit, wo Reichsregierung und Unternehmertum zusammen auf einen Lohn- und Gehaltsabbau hinarbeiten, muss man natürlich bei der Erstellung neuer Wohnungen zugleich etwas für die Verbilligung des neuen Wohnraums tun. Wir fürchten nur, dass die Schmälerung des Einkommens der breiten Massen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und Dank der Politik des Kabinetts Brüning in der Frage der Steuern, Löhne und Zölle kräftiger ausfällt, als die Schmälerung der Mieten bei den neu zu erstellenden Wohnungen. Wir fürchten ferner, dass die Bauunternehmer sich an die Richtlinien bis zu einem gewissen Grade halten, dafür aber durch schlechtere Qualität entschädigen werden. Der Wohnungsneubauschund wird eine weitere Vermehrung erfahren. Man wird vielleicht "billige" Wohnungen bauen, aber was für Wohnungen - Wohnungen, deren Wände so schwach

sind, dass man die Flutnachbarn schlafen hört. Flucht in den Wohnungsschund ist ebenso wenig eine Lösung des Wohnungsproblems, wie die Verengung und Verkleinerung des neuen Wohnungsraums.

Was uns not tut, das ist ein soziales Miet- und Wohnrecht, wie es vor kurzem auch auf der Tagung des Reichsbundes deutscher Mieter in Braunschweig gefordert wurde. Bei der starken Drosselung der Wohnungsbautätigkeit ist nicht damit zu rechnen, dass in den nächsten 15 Jahren die Wohnungsnot beseitigt werden kann. Infolgedessen ist noch auf recht lange Zeit hinaus der Mieterschutz dringend notwendig. Die Mieterschutzgesetze sind im Februar des Jahres nur mit Mühe und Not bis zum 30. Juni des nächsten Jahres verlängert worden, obwohl das Kabinett Müller-Wissel hatte Verlängerung bis zum 30. Juni 1932 für unumgänglich notwendig hielt. Volkspartei, Zentrum und Demokraten als Regierungsparteien stimmten damals gegen die Regierungsvorlage, sodass nur eine Verlängerung bis Ende Juni 1931 zustande kam. Als ob Mitte des nächsten Jahres eine gesetzliche Bindung der Mietshöhe und der Schutz gegen Kündigungs- willkür bereits überflüssig sei!

Der Reichsarbeitsminister redet grosse Töne über die Verbilligung der Neubaumieten und auf der andern Seite wollen die Hausagrariere des Zentrums und der andern bürgerlichen Parteien die Miete für die Altwohnungen immer noch mehr erhöhen. Die Hälfte der Hauszinssteuer wird ihrem eigentlichen Zweck, dem Wohnungsbau, nicht zugeführt, und neuerdings wird es in den Ländern und Gemeinden immer mehr Usus, durch Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, die wieder auf die Miete umgelegt werden, sich also als Mietssteigerung auswirken, die in Unordnung geratenen Finanzen auszugleichen. So ist ab 1. Juni des Jahres in Preussen eine 4%ige Mietserhöhung eingetreten. Das Zentrum hatte sogar eine 10%ige beantragt, wovon es anscheinend aus purer christlicher Nächstenliebe 2% dem Hausbesitz zufließen lassen wollte - obwohl heute bereits in Preussen Jahr für Jahr der Hausbesitz von dem Aufkommen der Hauszinssteuer rund 300 Millionen in die Tasche steckt. In Thüringen ist die Miete um 6% erhöht worden. Dazu kommen dann noch Zuschläge der Gemeinden zur Deckung der Defizite, sodass tatsächlich an manchen Orten sogar bis 156% der Friedensmiete gezahlt werden müssen. Eine weitere sehr erhebliche Steigerung ist am 1. Januar 1932 beim Fälligwerden der Aufwertungshypotheken zu erwarten. Das Kabinett Brüning plante eine Erhöhung des Hypothekenzinses auf 7 bis 8%, während zur Zeit die Aufwertungshypotheken mit 4% verzinst werden. Sonst setzt man den Zinsfuß herab, hier will man ihn erhöhen, um die Hypothekengläubiger von der Kündigung der Hypotheken abzuhalten. Die Hausbesitzer können dann die auf Grund der Zinserhöhung gesteigerte Miete wiederum zu einem Teil in ihre Tasche stecken. Das ist die Kehrseite der Medaille.

Der Reichsarbeitsminister hat sein Wohnungsbauprogramm glücklich und ausgerechnet am Tag der Reichstagsauflösung herausgebracht. Wenn es in einen Wahlkampf geht, sind ja Programme immer ein gangbarer Artikel. Ein Wohnungsbauprogramm, das nicht mit der Gestaltung eines sozialen Miet- und Wohnrechtes Hand in Hand geht, ist eine Illusion. Gesunde und billige Wohnungen schafft erst ein soziales Wohn- und Mietrecht, das ähnlich wie das Arbeitsrecht für den Arbeitnehmer so für den Mieter Schutz und Hilfe bringt. Für dieses soziale Miet- und Wohnrecht treten aber nur die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ein, niemals aber die bürgerlichen Parteien, bei denen die Hausbesitzer in den Fraktionen massgeblichen Einfluss haben. Die Kommunisten können nicht dafür eintreten; sie haben keine Zeit, sie müssen sich mit den Nazis herumbalgen.